



Bezugspreis bei der Post, den Geschäftsstellen in Breslau, den Agenturen in Breslau und der Provinz
400 Mark für Monat November, 100 Mark für die Woche.
Zulieferung ins Haus kostet Postgebühr 20 Mark für Monat November,
5 Mark für die Woche.

Breslau, Donnerstag, 16. November 1922

Einschickungsgebühr für den 1. Post-Raum in Mitteleuropa (1 Seite 12 1/2, mm hoch) 25.00 M., (Abendblatt 27.00 M.), bei Anzeigen aus Schottland u. Polen 20.00 u. 21.00 M.; An der Morgenansage Stellenanzeige 10.00 M., Familienanzeigen nur gegen Vorkasse; die zweispaltige Stellenanzeige 10.00 M., Nachrufe 18.00 M., Einzeigen an beliebige Stelle (3 Spalt.) 120.00 M., Schichten u. Rollen 60.00 M.

Hauptverleger: Dr. Richard Schmitt, Verleger der Redaktion Ring Nr. 2881, 572 und 540 (letzte nur für den Stadtverleger), der Landesredaktion Ring Nr. 4416. Sprechstunden der Redaktion 10 bis 12 Uhr. Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt. Betrugsbekämpfung und Anzeigenannahme (Schluss 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in der Geschäftsstelle Schwanenbrunn 47/48 (Barnbrüder Ring Nr. 1944 und 4416) und in der Zweiggeschäftsstelle Kaiserstraße 17 (Barnbrüder Ring Nr. 4733). Telegramm-Adresse: Schmittsches. Verlagsort: Breslau 28, Wilt. Gottl. Korn. — Geschäftsstelle für Oberlausitz: Bautzen C. S., Seigerstraße 5, Barnbrüder Bautzen C. S. 1925. Bei Eindrungen durch böhere Gewalt, Streit, Auslieferung u. dgl. können Ersatzenprüche nicht berücksichtigt werden.

Wirths Rücktritt.

* Der Rücktritt des im Auslande, besonders in Frankreich, angeblich so beliebten Reichskanzlers Dr. Wirth hat dort durchaus nicht das Gefühl ausgelöst, das man hiernach hätte erwarten können. Dr. Wirth war ebenso wie der deutschen Sozialdemokratie, so auch dem deutschfeindlichen Auslande dadurch verdächtig geworden, daß er einerseits offenbar zu schwach war, die ihm im Sinne der Entente zugeordnete Aufgabe zu erfüllen, andererseits in der letzten Zeit merklliche Zeichen einer veränderten Auffassung erkennen ließ, wie sie sich in der Veröffentlichung der Romberg-Akten und durch eine Befürwortung der großen Koalition zeigte. Ein so geringes Vertrauen das Ausland zu einem sozialdemokratisch reagierten Deutschland haben muß, in Frankreich und in der von dort insidrierenden ausländischen Presse macht sich ein leitender Minister Deutschlands verächtlich, wenn er sich der bürgerlichen Seite des Parlaments zuwendet und somit der Verfechtungspolitik ein Hindernis zu werden droht. Daher ist die Aufnahme, die Wirths Rücktritt in dem Zeile der ausländischen Presse, die jene Anschauungen vertritt, außerordentlich kühl. Diejenigen Kreise, die an dem Wiederaufbau Deutschlands Interesse nehmen, sehen ihn ohne Bedauern scheiden, da seine Erfüllungspolitik und sein Mangel an Energie zur Schaffung eines Produktionsprogrammes alle Hoffnungen auf die Beseitigung der wirtschaftlichen Krise in Deutschland ausichtslos erscheinen ließen. Dieser Mangel an Energie ist dem Kabinett Wirth erst dieser Tage wieder von englischer Seite bescheinigt worden durch die Äußerungen Bradburns und die jüngste offiziöse Londoner Rundabgabe.

Die deutschfeindlichen Elemente lassen den Reichskanzler Wirth, wie erwähnt, fallen, weil er ihren Erwartungen nicht mehr entsprach. Daß er letzten Endes gestürzt ist, weil er auch den Erwartungen der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr genügt, beweist den Parallelismus zwischen der geistigen Verfassung dieser Partei und dem uns feindlichen Auslande. Es ist tief bedauerlich, daß unter verfassungsmäßiger Parlamentarismus es so sehr erschwert, geistige und energische Männer an die maßgebenden Stellen zu bringen. Es kommt das daher, daß solche Männer auf Schritt und Tritt den Widerstand einer parteigegensätzlichen Opposition zu bekämpfen haben und dadurch in ihrer verantwortungsvollen Arbeit gestört werden. Dabei verlangt die Zeit dringend, daß jetzt mit Sparsamkeit und Produktionsförderung Ernst gemacht wird. Das sind die ersten Grundpläne für jede Markführung, eine Auslandsanleihe und die Friedensrevision.

*

Von ausländischen Pressestimmen zum Rücktritt des Kanzlers Wirth haben wir folgende hervor:

Die Londoner „Times“ bezeichnet den Rücktritt des Kabinetts Wirth als natürlich. Die letzten Erörterungen über die Reparationen in Berlin hätten gezeigt, daß eine Regierung, die die Vertreter der deutschen Industrie und Finanz ausschließt, keine ernstlichen Vorstöße machen und keine Verpflichtungen mit irgend welcher Aussicht, sie durchzuführen, übernehmen könne. Die kräftigen Maßnahmen, die Deutschland brauche, wenn es seine Finanzlage wiederherstellen und mit der Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen beginnen wolle, könnten nur durch eine starke Regierung getroffen werden. Dr. Wirth sei schwach und sein Rücktritt unvermeidlich gewesen. Die dadurch geschaffene Lage sei jedoch ernst. Die letzte Hoffnung sei, daß die Verantwortung der Regierung sobald und so schmerzlos wie möglich auf die gelegt werde, die die Stärke haben, sie zu tragen, und die alle politischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen mobilisieren müßten, um eine gesunde Finanzwirtschaft herzustellen und gerechte Schulden zu bezahlen. Die Alliierten hätten seit langem die Notwendigkeit empfunden, mit dem wirklichen Deutschland zu verhandeln und nicht mit einer Schatten-Regierung.

Der Pariser „Figaro“ sagt, man dürfe mit Analogien keinen Mißbrauch treiben, besonders wenn es sich um Ereignisse handelt, die in der Entwicklung begriffen seien. Indessen scheint die Lage in Deutschland im Lichte dessen, was in Italien soeben vorgegangen sei, einigermaßen an Klarheit zu gewinnen. Nicht, daß man bereits das Wort Faschismus aussprechen müßte, wenn man von dem aktuellen Zusammenhang der Umstände spreche, denen der Kanzler weichen mußte, aber daran sei nicht zu zweifeln: Man erlebe eine neue Gruppierung der bürgerlichen Parteien, fast könnte man sagen, der Parteien der sozialen Haltung. Es bleibe die Frage, in welcher Weise die extremen Parteien reagieren würden, denen ihre starke Organisation die Möglichkeit bieten werde, ernstesten Widerstand zu leisten.

„Echo national“ schreibt: Machen wir uns auf ernste Dinge gefaßt, sie stehen unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen uns anders, besonders im Orient, und vielleicht mehr als es uns täte, beschäftigt. Deshalb lüften sie die Mäule und sprechen sich in der letzten Note für eine alatte Beseitigung der Reparationsverpflichtungen des Versailles Vertrages aus. Ihre Laune besteht jetzt darin, uns zu überreden, daß wir auf daran läten, das linke Rheinufer zu räumen, bevor irgendwo eine Palastlung erfolgt.

*

Über die tatsächliche Lage in Berlin liegen von dort bestimmte Nachrichten vor. Es wird uns von dort berichtet:

§§ Ob die Erwartung, daß der Reichspräsident noch im Laufe des Mittwoch einen Kandidaten für den Posten des Reichskanzlers auswählen und mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen werde, sich erfüllen werde, war bis zum Abend noch ungewiß. Herr Ebert hatte mit den Vertretern der in Frage kommenden Parteien sowie mit dem Präsidenten des Reichstages Besprechungen. In parlamentarischen Kreisen außerhalb des Zentrums ist man, so wird uns wenigstens aus Berlin berichtet, mehr oder minder der Ansicht, daß wieder ein Zentrumsmann Reichskanzler wird. Neben dem schon im Abendblatt erwähnten Oberbürgermeister Dr. Adenauer ist

auch der Pariser Botschafter Dr. Mayer genannt. Sowohl Herr Adenauer wie Dr. Mayer sind schon früher nach dem Rücktritt des Kabinetts Fehrenbach als für den Reichskanzlerposten in Frage kommend genannt worden, haben aber damals die Berufung abgelehnt. Das Zentrum wird sich offenbar erit dringend bitten lassen, es wieder einen Reichskanzler stellt. Seine Fraktion nimmt Wirth in einer längeren Erklärung außerordentlich warm gegen alle Vorwürfe in Schutz und macht für die jetzt herrschende Verwirrung den engherzigen Parteigeist der Sozialdemokratie verantwortlich. In der Erklärung findet sich dann der Passus: „Die ermittelte Auffassung der Zentrumskräfte geht dahin, daß durch die immerpolitische Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der Neubildung des Kabinetts zufalle.“

Über die Stellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die Mittwoch vormittag zu einer Beratung zusammentrat, teilt die „Zeit“ mit, daß in der Fraktion vorwiegend die Meinung vertreten sei, daß ein Kabinett der Arbeitsgemeinschaft wohl die glücklichste Lösung der Regierungskrisis sei, da es die Möglichkeit biete, alle Kräfte einheitlich zusammenzufassen und einzusetzen. Diese Aktivität liege vor allen Dingen bei der Bekämpfung des Außenministeriums, des Wirtschafts- und des Finanzministeriums vor. Unter diesen Umständen habe man auch die allergrößten Bedenken gegen eine etwaige Zurückberufung des bisherigen Reichswirtschaftsministers auf seinen Posten. Die Leitung dieses Ministeriums müsse ebenso wie die des Verkehrs- und des Postministeriums in kaufmännische Hände gelegt werden. Wie das Blatt weiter schreibt, scheint bei der zunächst beabsichtigten Bildung eines Kabinetts der Verzicht auf den Reichskanzlerposten in der letzten Reparationsnote niedergelegten Leitlinie als programmatische Grundzüge zu nehmen. Die Kreuzzeitung stellt für den Fall der Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokratie die Mitarbeit der Deutschen Nationalen Volkspartei in Aussicht.

Die Sozialdemokratie wäscht ihre Hände in Unschuld. Herr Wirth habe sich, so sagen die Genossen, allein acitürat durch sein unnützes Eintreten für die große Koalition. Sie würden am liebsten das bisherige Kabinett mit einem anderen Reichskanzler und mit einer ihnen angenehmen Besetzung der freien Ministerposten beibehalten sehen. Im Laufe des Tages tauchte allerdings schließlich doch ein sozialdemokratischer Kandidat für den Reichskanzlerposten auf in der Person des bisherigen Reichskanzlers Bauer, der früher schon einmal das Reichskanzleramt bekleidet hat. Von dem am Mittwoch früh genannten Ministerpräsidenten Otto Braun scheint ernsthaft keine Rede zu sein. Der Reichspräsident soll sich dahin geäußert haben, er würde als besten Ausweg ein „Kabinett der starken Persönlichkeiten“ betrachten. Der Rücktritt des Kabinetts Wirth mit seiner Vorgeschichte droht übrigens auch die in Bremen bestehende große Koalition zu sprengen. Der Fraktionsvorsitz der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtage hat bereits am Montag dem preussischen Ministerpräsidenten erklärt, daß man, falls im Reich die große Koalition nicht zustande komme, in Preußen die Konsequenzen ziehen wolle.

Wie weiter mitgeteilt wird, soll Herr Adenauer, der nach einer Angabe vom Reichspräsidenten nach Berlin gehen war, nach einer anderen sich bereits als Minister des preussischen Staatsrates in der Hauptstadt befunden habe, bereits abgelehnt haben, den Kanzlerposten zu übernehmen.

Orientfrüß.

Malta, 15. November. (Reuter.) Ein englischer Kreuzer und drei Zerstörer gehen am 18. November nach dem nahen Osten ab.

Paris, 15. November. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Konstantinopel haben die allierten Oberkommissare beschlossen, sich die etwaige Verhängung des Vorkriegsrechts auszusprechen, die ausschließlich für den äußeren Fall vorzubehalten und inzwischen eine gleichzeitige energische, aber entgegenkommende Haltung zu wahren, damit das Prestige der Mächte erhalten bleibe und gefährliche Zwischenfälle vermieden würden. Man dürfe hoffen, daß die Lage keine neuen Verwicklungen erfahren werde, obwohl der kemalistische Druck auf Konstantinopel im Wachsen begriffen sei. Die Alliierten beginnen, Konstantinopel zu verlassen. Die Oberkommissare beunruhigen diesen Auszug.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Konstantinopel hat die Regierung von Angora gestern den Abschluß eines Bruderschaftsvertrages zwischen Persien und der Türkei bekanntgegeben und erklärt, daß das türkische Verbot von Seefahrern zwischen Türlen und Persien aufgehoben sei.

Paris, 14. November. Nach der „Chicago Tribune“ verlautet aus Mexiko, daß Xetwif Pascha, der frühere Scheich ul Nisam Sabri der Abgeordnete Nisa und andere hervorragende Persönlichkeiten, die den kemalisten feindlich gesinnt seien, an Bord des Dampfers „Egypt“ nach Alexandria unterwegs seien. Sie versicherten, daß die Antikemalisten in Konstantinopel den Schutz der englischen Truppen erbeten hätten, daß eine starke Abteilung von Engländern Tag und Nacht den Palast des Sultans bewache und daß englische Kriegsschiffe in der Nähe von Anker lägen und bereit seien, den Sultan zu verteidigen.

Paris, 15. November. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Nismed Pascha traf heute morgen in Paris in Begleitung von Ferid Bei sowie mehrerer Mitglieber der türkischen Abordnung ein. Es verlautet, daß er zwei bis drei Tage in Paris bleiben wird.

Nismed Pascha übermittelte den alliierten Oberkommissaren eine Note seiner Regierung, in der es heißt, daß die große Nationalversammlung das Abkommen von Mudania respektieren werde. Doch dürfe sie keine auswärtige Einmischung in die türkische Verwaltung. Die Nachricht von der Vertreibung der französischen Konsuln in Mesina und Adana wird demontiert. Der Konsul von Mesina befindet sich noch immer auf seinem Posten. Der von Adana mußte ihn aus Gesundheitsrücksichten verlassen.

Die politische Freiheit der deutschen Katholiken.

Von katholischer Seite wird uns aus Oberschlesien geschrieben:

Der ganze Kreis bitterer Vorwürfe, mit denen man die deutschen Katholiken seit Jahrzehnten kränkt und verletzt, hat den einen als Mittelpunkt, daß sie auch in der Politik von ihren geistlichen Oberen abhängen und gar nicht in der Lage seien, sich frei und liebevoll von den Lebensinteressen ihres eigenen Landes und Vaterlandes in ihrer Politik bestimmen zu lassen. Vergebens wird man versuchen, durch Worte diesen Vorwurf des „Ultramontanismus“ zum Schwimmen zu bringen, wenn man ihn akideutig durch Taten immer neues Beweismaterial verschafft. Dies geschieht zurzeit durch die unabweisbaren Einmischungen der katholisch-kirchlichen Behörden in die oberirdischen Wahlen und ihren politischen Mißbrauch durch das Zentrum. Bisher hat man nicht einmal mehr von Mißbrauch, sondern nur noch von beachtetem und gutgeheißenen Gebrauch der geistlichen Autorität des katholischen Oberhirten zu politischen Zwecken reden. Die in Frage stehenden Grundgebungen behaupten zwar die Nichteinmischung der katholischen Kirche in reinpolitische Fragen und stellen weiterhin nur sittlich-religiöse Grundbedingungen für die Wahl der politischen Partei, geben aber zum Schluß der Sache eine Wendung, die schon im Februar 1920 ein linksstehendes Blatt schreiben ließ, der Herr Fürstbischof von Breslau laae zwar viel, er meine jedoch lediglich: wählt Zentrum.

Damit würde die Abspaltung vom Zentrum, die aus rein politischen Gründen erfolgt ist, zum kirchlich und religiös Tadelnswerten gemacht und eine ganz bestimmte demokratische politische Richtung, die mit kirchlichen Interessen nichts zu schaffen hat, als irgendwie kirchlich verpflichtend hingestellt. Die deutschen Katholiken, die sich vom Zentrum trennen zu müssen glauben, täten es aus der freien und gewissenhaften politischen Absicht und Überzeugung, den Interessen ihres Vaterlandes abseits vom Zentrum besser dienen und großen Schaden verhüten zu können. Das aber wird vom kirchlichen Oberen aus kirchlichen Gründen praktisch und im vorliegenden Falle als unzulässig hingestellt. Damit hätte der böse Vorwurf der politischen Unfreiheit der deutschen Katholiken, eben das, was ihre erbitterten Gegner „Ultramontanismus“ nennen, als öffentlich bewiesen zu gelten, sofern nämlich die davon betroffenen Katholiken eine solche kirchliche Weisung anerkennen und zu befolgen in ihrem Gewissen verpflichtet wären. Das ist nicht der Fall, wie das wiederholte Verhalten des Zentrums dem hl. Vater selbst gegenüber bewiesen und die oberste Autorität der Kirche öffentlich anerkannt hat.

Als Verpflichtungsgrund wird in diesem Falle die Rücksicht auf die kirchliche Einheit des gläubigen Volkes angeführt. Darüber lehrt Leo XIII. in seinem Rundschreiben Immortale Dei (vom 1. November 1885) ausdrücklich:

„Die Verteidigung des Katholizismus erfordert mit Notwendigkeit, daß wir beim Bekenntnis der Lehren, die uns die Kirche zu glauben vorstellt, alle nur eine Ansicht haben... Wenn es sich aber um rein politische Dinge handelt, so kann jedenfalls jeder über diese Punkte seine eigene Meinung haben.“

Im Schreiben desselben Papstes an die Spanier (vom 8. Dezember 1882) heißt es:

„Es ist die verkehrte Meinung jener zu fliehen, die die Religion mit irgend einer politischen Partei vermengen und so solidarisch machen, daß sie ihre politischen Gegner fast für Abtrünnige von der katholischen Religion halten.“

Sierbei ist immer vorausgesetzt, daß die sittlich-religiösen Ziele und Verpflichtungen der Christen allerdings der politischen Verteidigung und Behauptung bedürfen. Das kann in verschiedenen Parteien erfolgen, ohne daß dadurch die kirchliche Einheit auch nur berührt würde. Nur wo Katholiken diese Ziele selbst ändern oder nicht verteidigen, kann von einer kirchlichen Spaltung gesprochen werden. Das befürchtet Leo XIII. (Immortale Dei) in einem ganz bestimmten Falle. Er sagt:

„Damit nicht das Band der Einmütigkeit durch unüberlegte Vorwürfe zerrissen werde, so möge ein jeder wohl wissen, daß das volle katholische Bekenntnis sich durchaus nicht vereinbaren läßt mit den Meinungen, die sich dem Naturalismus und Nationalismus anschließen, deren letztes Ziel es ist, das Christentum von Grund aus zu zerstören und dem Menschen mit Hintanhaltung Gottes die erste Stelle in der menschlichen Gesellschaft einzuräumen.“

Niemand wird es auch nur im entferntesten trauen dürfen, die Katholiken, die nicht mehr Zentrum wählen, solcher harten Dinge zu beschuldigen, da sie sich vielmehr dem Bündnis mit den Sozialisten und der Antikeit durch solche Dinge zu entziehen trachten. Im übrigen handelt es sich um rein politische Differenzen, über welche die kirchliche Obrigkeit nicht zu befinden hat. Die deutschnationalen Katholiken verlangen a. B. eine Reichsregierung, die den berechtigten staatlichen Lebensnotwendigkeiten der Länder gebührende Rechnung trage und die eine zielbewusste, von nationaler Würde getragene Reichspolitik als ihre Aufgabe betrachte. Heute, wo niemand mehr sich der Tatsache des tatsächlichen Zusammenbruchs der Erfüllungspolitik um jeden Preis verschließen kann, erwarten sie und Unabhänge in Deutschland, daß sie mit Entschlossenheit den Kampf gegen die infame Kriegskulturnahme aufnehmen und sich gegen die unerfüllbare Wiedergutmachungspolitik wenden, sowie gegen die un menschliche Bedrückung durch die amerikanische Besatzung.

In den oberirdischen Fragen vertreten viele Katholiken die Politik des Zentrums, die seit Jahrzehnten derselbst von

der Mission einer katholischen Gemeindevorstandung ausnahm, die politischen Vertreter, nicht das oberste Reich, zu dem Ende schonte und heute, eine fröhliche deutsche Gemeindevorstandung aber hinderte und störte und dadurch den Verlust Oberösterreichs herbeiführt hat.

Wer sieht hier nicht, daß es sich um allerhöchste, aber rein politische Streitfragen handelt, die sich der Anwendung des Begriffs der kirchlichen Einheit völlig entziehen. Die kirchliche Einigkeit dahin wird deutlich als eine Überforderung der kirchlichen Bewusstseins und in Oberösterreich um so peinlicher bemerkt, als sie sich bislang lediglich gegen den deutschen Pfarrer Wolf, aber nicht gegen den politischen Pfarrer Waidner zu richten schienen.

Ein bekanntes Mitglied der Gesellschaft Jesu, die sich gewiß in Form und Inhalt ihrer Aufstellungen der größten Klarheit und Korrektheit bestrebt hat, schreibt in den „Stimmen der Zeit“ (Mai 1922) über die politische Freiheit der Katholiken das Folgende:

„Das kirchliche Lehramt bietet die allgemein gültigen Wahrheiten, die sittlichen Grundzüge. Die Anwendung dieser Lehrsätze auf einen vorliegenden Fall mit seinen konkreten Umständen und Bedingungen muß der Katholik selbst machen. Dazu hat er sein Gewissen, und diese Gewissenslast und Gewissensverantwortung kann ihm kein Papst, kein Bischof und kein Weihwater abnehmen. Wenn er unschlüssig ist, mag er einen Sachverständigen, oder wenn er dafür hält, fragen, einen Laien oder Theologen, einen persönlichen Freund oder ein gutes Buch. Befolgen aber darf er den erhaltenen Rat, auch wenn es der Rat des Weihwaters oder Bischofs oder Papstes ist, erst dann, wenn er ihn für richtig hält auf Grund des eigenen Gewissensurteils. Der Urteilspruch des Gewissens, des subjektiven persönlichen Gewissens, ist für den katholischen Christen immer und unbedingt der höchste Gerichtshof, vor dem es keine Berufung gibt. Diese Wahrheit gilt in besonderer auch für die politische Tätigkeit. Auch wenn eine Partei, sich katholisch (konfessionell) oder christlich nennt, darf der Katholik ihrer Parole in bezug auf Stimmabgabe erst dann folgen, wenn sein eigenes Gewissen ihm sagt, daß der Entscheid korrekt und sittlich unanfechtbar ist. Das gilt ebenso, wenn er Mitglied einer nicht katholischen, liberalen, demokratischen oder sozialistischen Partei wäre. Weder Hierarchie noch Kirche, noch Konfession beansprucht in solchen politischen Einzelfragen die Exekutive Einwirkung. In solchen politischen Einzelfragen die Exekutive Einwirkung. In solchen politischen Einzelfragen die Exekutive Einwirkung. In solchen politischen Einzelfragen die Exekutive Einwirkung.“

Darum seien die Parteien oder die einzelnen Politiker nicht verpflichtet, in ihren politischen Maßnahmen etwaigen Winken oder Befehlen der Hierarchie zu folgen oder solche einzuhaken. Die Verantwortlichkeit für das politische Tun solcher Parteien zu tragen. Darum sieht man es in Rom ungern, wenn eine politische Partei sich „katholisch“ oder „christlich“ nennen will, weil aus dieser Stimmabgabe bei Unkundigen zu leicht die Vorstellung entsteht, als sei diese Partei offiziell mit der Wahrung katholischer oder christlicher Angelegenheiten betraut.“

Diese neue Klarstellung alter und selbstverständlicher Wahrheiten von kluger und zuverlässiger Seite wurde von allen politisch und kulturell führenden deutschen Katholiken, die da wissen, wie die Linie in Deutschland wirklich stehen und welche staatspolitische Bedeutung die „ultramontane“ Frage hat, mit Freuden begrüßt, weil sie die einzige tatsächliche Hilfe für die Abwehr des staatsgefährlichen Vorwurfs des „Ultramontanismus“ der deutschen Katholiken bietet. In offener und schmerzlicher Gegenüberstellung aber zu dieser Theorie steht jetzt die Praxis der katholisch-kirchlichen Behörden. Die Verantwortlichkeit für das politische Tun solcher Parteien zu tragen. Darum sieht man es in Rom ungern, wenn eine politische Partei sich „katholisch“ oder „christlich“ nennen will, weil aus dieser Stimmabgabe bei Unkundigen zu leicht die Vorstellung entsteht, als sei diese Partei offiziell mit der Wahrung katholischer oder christlicher Angelegenheiten betraut.“

Die 42zeilige Gutenbergbibel für das Leipziger Buchmuseum geteilt.

Die schwere wirtschaftliche Not, die über Deutschland liegt und einen bedenklichen Kulturbau zur Folge hat, zwingt auch unsere Museen und wissenschaftlichen Institute, sich wertvollen Besitzes zu entäußern, nur um weiter existieren zu können. Aber ein solcher Verkauf, einmal begonnen, gefährdet ebenso wie im Privatfall des einzelnen, sehr bald das Beste und schließlich Innerste. Die Öffentlichkeit weiß aus bekannt gewordenen Verhandlungen, daß das Leipziger Museum für Buch und Schrift, das unter Professor Dr. Albert Schramm unschätzbare Leitung den Grundgedanken der Bugta von 1914 forciert und ausbaut, sich aus Mangel an Mitteln damit vertraut machen mußte, eines der ausländischen Angebote anzunehmen und sich von seinem wertvollsten Besitzstück, der 42zeiligen Gutenbergbibel, zu trennen. Dieses zweibändige, auf Pergament gedruckte, mit farbigen Initialen und Miniaturen geschmückte Werk, dessen Druck 1453 begonnen und 1466 vollendet wurde — es ist eine Ausgabe der lateinischen Vulgata — ist das allererste, mechanisch hergestellte Buch und daher das erste Druckwerk, das die Überlegenheit der neuen Technik über alle früheren Druckmethoden, mit denen kleinere Druckwerke, wie Abzageblätter, Donats usw. hergestellt wurden, bewies. Von dieser ersten Gutenbergbibel sind 30 Exemplare auf Pergament und 170 auf Papier, insgesamt also nur 200 Exemplare hergestellt worden. Von diesen 30 Exemplaren der Pergamentausgabe sind heute noch acht erhalten, teilweise in arg beschädigtem Zustand. Von diesen acht Exemplaren ist das Leipziger eines der schönsten und besterhaltenen. Es wäre also nicht nur für das Leipziger Museum, sondern für Deutschland ein unersetzliches und nie wieder gutzumachender Verlust gewesen, wenn dieses prachtvolle Kulturdokument, das den Beginn einer neuen Epoche der Menschheit bezeichnet, hätte ins Ausland gehen müssen.

Daß das vermieden werden konnte, und daß dem Leipziger Museum dieser kostbare Schatz erhalten bleibt, ist einem geradezu vorbildlichen Akt der Hilfeleistung deutscher Künstler zu verdanken. Es ist ein guter Gedanke gewesen, daß die deutschen Künstler, die den in dem Museum für Buch und Schrift zusammengestellten Schätzen so mancherlei Anregung verdanken, dafür dessen wertvollsten Besitz ihm erhalten helfen wollten. Es ist denen, die diese Idee in die Tat umgesetzt haben, gelungen, 20 deutsche Graphiker zu gewinnen, deren Spenden zu einem pompösen Mappenwerk vereinigt sind, das unter dem Titel: „Kunstleispende für das deutsche Buchmuseum“ jetzt fertig vorliegt. Die einzelnen Blätter, in denen die Eigenart dieser deutschen Künstler lebendig zum Ausdruck kommt, sind die folgenden: Das Blatt „Der Gefangene“ von F. C. Giffart verkörpert das hoffnungslose Leid eines Unglücklichen, dem fremde Willfür sein bestes Gut geraubt. Louis Corinth hat ein originelles Porträt von Henry Poter gestiftet. „Der Überfall“, ein figuresreiches lithographisches Blatt von Robert Engels, gibt eine stark bewegte Kampfszene. Eine Radierung Erich Gruners zeigt auf dem Hintergrund einer weiträumigen, von Dünenhöhen begrenzten Landschaft Schmitter im Strandhafer, Ludwig von Hofmann bezeichnet sein Blatt mit Idealfiguren ganz Hofmannscher Eigenart als „Komposition“. Wie aus einem blassen Märchen S. C. An-

New-York, 15. November. (Sundbienst.) Wechselkurs: Berlin = 100 Mark = 0,013 1/10 (0,017 1/10) Dollar. Das bedeutet umgerechnet ein Dollar gleich 8421,052 (6956,521) Mark.

für eine Partei anholten, deren Politik sie für falsch und den Interessen ihres Volkes und Landes für schädlich halten. Die deutschnationalen Katholiken schloßen sich durchkosten in diesen Tagen dieselben peinlichen Stunden wie das Zentrum, als es zur Zeit des Septennates dem heiligen Vater selbst die politische Gefolgschaft öffentlich verweigern zu müssen antrat. Seitdem es mit entschlossenem und gewissenhaftem Geiste, weil sie so tun müssen. Auch weil sie in Liebe zu ihrer Kirche von ihr den Vorwurf abzuwenden möchten, den sie von den edelsten ihrer andersgläubigen Mitbürgern nunmehr befürchten müssen: daß nämlich die katholische Theorie von der politischen Freiheit der deutschen Katholiken nur ein Schutzmantel gegen unliebsame politische Anaristie sei, daß ihr aber die Praxis nicht entspräche. Dieser Vorwurf ist falsch. Die Katholiken sind in dem angegebenen Rahmen und Umfang politisch frei.

Der Reichstag über die Not der Wissenschaft.

§§ Berlin, 15. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag nahm heute in allen drei Lesungen eine von allen großen Parteien gemeinsam gestellte Initiativantrag betreffend eine Verbesserung des Verfahrens bei Entschädigung der verdrängten Kolonial- und Auslandsdeutschen an. Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begründete dann eine Interpellation des Zentrums, in der er auf die Not der deutschen Wissenschaft hinwies und Hilfe verlangt wird. Große Fortschrittsinstitute mühten sich aus Geldnot ihre Arbeit einstellen, der Ankauf wissenschaftlicher Werke des Auslandes wird immer schwieriger, große Kulturinstitute, wie das Germanische Museum in Nürnberg, die Deutsche Bücherei in Leipzig, das Deutsche Museum in München sind in ihrer Entwicklung gehemmt. Führende wissenschaftliche Zeitschriften müssen eingehen, weil die Mittel der Wissenschaft der deutschen Wissenschaft nicht ausreichen. Auch die Notlage der geistigen Arbeiterschaft bedarf dringend der Abhilfe, wenn nicht die industrielle und technische Grundlage unserer Kultur noch mehr erschüttert werden soll. Den deutschen Privatdozenten muß ein angemessenes Existenzminimum gewährt werden. Bayern ist damit vorbildlich vorangegangen.

Staatssekretär Schulz: Die erste Ursache der Notlage der deutschen Wissenschaft liegt in der Kriegszeit zurück. Vor allem führte der Krieg die notwendigen Beziehungen der deutschen Wissenschaft zum Ausland. Selbst der Versailles Friedensvertrag hat dem notleidenden deutschen Volke nicht die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Förderung unserer Wissenschaft geraubt. Nach dem Krieg war die deutsche Regierung gerne bereit, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit der damals beträchtlichen Summe von 100 000 Mark zu finanzieren. Die ungeheure Geldentwertung hat dazu geführt, daß die damals ausbezogenen Beträge nicht entfernt mehr zur Erfüllung ihres Zweckes ausreichten. Bis zum 31. März dieses Jahres sind insgesamt der Notgemeinschaft 17,8 Millionen bewilligt worden. Überall wird mit Sachverständnis und Liebe zur Sache an den Aufgaben der Notgemeinschaft gearbeitet. Die katastrophale Geldentwertung machte aber alle Voranschläge zunichte. Dem Eingreifen der Reichsbehörden ist es gelungen, den Zusammenbruch der deutschen Wissenschaft aufzuhalten. Den einmal beschrittenen Weg darf das Reich nicht wieder verlassen, weil sonst die Gefahr unüberbrückbarer Verluste entsteht. Die Notgemeinschaft hat nun weitergehende Wünsche in einem Schreiben an das Reichsministerium geäußert, und für 1923 werden insgesamt 200 Millionen Mark gefordert. Das Reichsministerium des Innern ist für die Wissenschaft bemüht, so weit es die finanzielle Lage gestattet. Das Reich arbeitet zusammen mit den Ländern für die Erhaltung der wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Notlage der Privatdozenten erkennen wir an; aber es ist nicht die Sache des Reiches, sondern der Länder, hier zu helfen. Den Werksstudenten stehen wir mit Sympathie gegenüber. Es stellt eine erfreuliche Wechselwirkung zwischen Kopf- und

bersens herausgewachsen ist die „Fuge mit dem Kamm“ von Paul Klee. Breit und schwer streben die „Aderpferser“ Walter Klems eine Anhöhe empor. Die charakteristische Linienführung Oskar Kotschlas spricht aus dem „Frauenkopf“, den die Wappe von ihm enthält. Alois Kolb „Wadenbe“ läßt des Künstlers Vorliebe für die einfache Kontrastwirkung großer Flächen erkennen. Etwas ganz besonderes ist das Selbstbildnis von Käthe Kollwitz. Ihr künstlerisches Schaffen liegt abgegrenzt hinter der nun sechzigjährigen Frau, die so viel Leid gesehen und anderen den Mut dafür erschlossen hat. In die Welt des Überirdischen führt das seltsame Blatt Alfred Kubins, das er „Halluzination“ benannt hat. Ein erfreulich kräftiger Wurf ist das Bild Albert Einsteins, das Max Liebermann geschaffen hat. Emil Orlik hat in seinem „Bücherfreund“ einen Gelehrten gezeichnet, der in seiner Bücherwelt sein Genügen findet. Emil Pottners Radierung „Gaubentaucher“ ist eine Schöpfung voll sprühenden Lebens. Rudolf Schiefs „Bauernfamilie“ reißt wieder die hohen Erwartungen, die man auf diesen Künstler als den Schöpfer eines neuen deutschen Stils des Religionsbildes setzte. Es liegt etwas von der Herbeheit Hans Thoma's in seiner Linienführung. Max Slevogt ist mit einer Skizze zu „Fektors Abschied von Andromache“ vertreten. Die „alte Allee“ von Hugo Steiner-Prag ist ein düsteres Landschaftsbild von erstaunlich tiefer Wirkung. Der Direktor der Leipziger Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe Walter Tiemann erfreut durch einen wunderbar gezeichneten Frauenakt. Hans von Wolzmanns zartes Blatt „Mahnender Frühling“ führt den Blick über weites Land in Fernen, in denen die Sehnsucht wohnt, und Gustav Wolf läßt in den Gefilden der vom Licht des Schöpfungsmorgens noch durchstrahlten Urwelt „Zwei Schöpfe“ seiner eigenen Phantasie entstehen.

Durch diese wertvolle Schenkung der deutschen Künstler ist der Fortbestand des Leipziger Museums gesichert, so daß von einem Verkauf der Gutenberg-Bibel vorläufig abgesehen werden kann. Dr. Ferdinand Grautoff.

Aus Kunst und Leben.

§§ Der 60. Geburtstag Gerhart Hauptmanns wurde am Mittwoch in der neuen Aula der Berliner Universität von deren Lehrkörper und deren Studenten sowie von Vertretern der Goethegesellschaft und der Gesellschaft für deutsches Schrifttum gefeiert. Neben dem Dichter hatte in der vorbereiteten Reihe der Reichspräsident teilgenommen. Anwesend waren der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, der Reichsminister des Innern, sowie eine Anzahl anderer Mitglieder der Reichs- und Staatsbehörden und der Stadtverwaltung von Berlin. Die Bedeutung des Dichters wurde von dem Rektor, Professor Gaeffler, den Professoren Deißner und Roethe, dem jetzigen Direktor der Reinhardt-Bühnen Felix Holländer, dem literarischen Historiker Ciolek und einem jungen Studenten angedeutet. Als schließlicher Landemann begrüßte insbesondere auch der Präsident des Reichstages Löbe Gerhart Hauptmann. Dieser selbst dankte in einer kurzen Ansprache, in der er mit einem Worte Novallis die Spinnung auf einen Fortschritt der Menschheit zu einer neuen geistlichen Weltinspiration ausbrach. Den musikalischen Schluß der Feier bildete unter der Leitung von Eugen d'Albert die Appassionata.

Dr. Fr. Philipp Spitta hat der erste wissenschaftlich wohlgerüstete Biograph Joh. Seb. Bachs. Bei den vorbereitenden Arbeiten stieß er auf Heinrich Schütz, den größten deutschen Musiker vor Bach, der bisher oewiffermaßen als die Voraussetzuna

Sanarbeitern dar. Mit der Studentenhilfe ist auch das Reich eingetreten. Es hat 15 Millionen zur Beschaffung von Lebensmittel und außerdem der Darlehenkasse der Studentenhilfe 30 Millionen zur Verfügung gestellt. Das Deutsche Museum in München darf trotz unserer schlechten Finanzlage nicht unvollendet bleiben. Die Anregung zur steuerlichen Erleichterung für die geistigen Arbeiter werden wir an das Finanzministerium weiter leiten. Es ist auch versucht worden, eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst zu schaffen, aber nicht recht gequillt, da die Verschwendung der Individuen und auch der einzelnen Kunstarten die Arbeit erschwert hat. In der Musik fehlt es an Nachwuchs. Das deutsche Schrifttum ist in Notlage, weil es ihm an Nebenarbeiten fehlt. Gerhart Hauptmann ist einer von den Glücklichen, aber andere Denker und Dichter leiden sehr. Für die Notgemeinschaft der deutschen Kunst haben wir 20 Millionen im Etat bereit gestellt. Wir hoffen, damit die deutsche Kunst flühen zu können. Ich schreibe mit dem Wunsch, daß zur Erhaltung des deutschen Wissens und Könnens, zur Erhaltung von deutscher Kunst und Wissenschaft alle Faktoren, Regierung, Parteien, Wissenschaftler und Künstler, weiter so einträchtig zusammenarbeiten möchten wie bisher. Der Antrag des Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) auf Besprechung der Interpellation wird genügend unterstützt.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Besprechung am Donnerstag stattfinden. Die Sitzung wurde für Mittwoch abgebrochen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht Liquidationsbilanzgesetz, Besprechung der Interpellation über die Not der Wissenschaft, Fortsetzung der Beratung der Geschäftsordnung.

Der Etatrat des Reichstages entschied sich heute mittag dahin, daß auch während der Regierungskrisis die Sitzungen des Reichstages fortgesetzt werden sollen, da die Parteien so wie so Besprechungen über die Besetzung des Kabinetts in Berlin versammelt bleiben. Jedoch sollen nur solche Gegenstände beraten werden, die eigene Angelegenheiten des Reichstages betreffen. Demnach soll auch in der auf 8 Uhr angelegten Plenarsitzung die Tagesordnung in Angriff genommen werden, worauf der Initiativantrag der Parteien wegen der Verdrängungsschädengesetze und die Interpellation des Zentrums wegen der Not der Wissenschaft auf der Geschäftsordnung des Reichstages stehen. Zur Beantwortung der Interpellation hat Staatssekretär Schulz Austrag vom Innenminister erhalten.

Die Streiklage in Düsseldorf.

Düsseldorf, 15. November. Heute vormittag ist eine merkwürdige Entspannung in der allgemeinen Lage eingetreten. In mehreren Betrieben wird wieder gearbeitet. Während der Nacht und auch während des Vormittags sind keine weiteren Aufbesserungen vorgekommen. Dagegen haben Düsseldorf Arbeiterausschüsse versucht, die Bewegung nach Mühlheim zu tragen und in die Schiffschiffe einzudringen. Sie wurden aber von der dortigen Polizei abgewiesen. Zurzeit sind Verhandlungen zwischen den streikenden Gewerkschaften und den Arbeitgebern im Gange. Nach einer Meldung des „Vortwärts“ kam es gestern abend in Essen in den Verhandlungen über die Beilegung des Streites in dem rheinischen Industriegebiet zwischen den drei Metallarbeiterverbänden und dem Unternehmerverband zu einer Einigung über die Novemberlöhne. Die Funktionärerversammlung in Düsseldorf lehnte darauf die Proklamierung des Generalstreiks ab.

Erhöhung der Stickstoffpreise.

Berlin, 15. November. Die mit Wirkung ab 16. November beschlossene Erhöhung der Kohlenpreise hat eine entsprechende Erhöhung der Stickstoffpreise im Gefolge gehabt. Die neuen Preise für Stickstoff betragen für alle Abteilungen vom 10. b. W. ab per Kilogramm Stickstoff — im schwefel sauren Ammoniak nicht gezahlt und nicht gemahlen — 822,00 Mark, gezahlt und gemahlen 842,50 Mark, in salzsaurem Ammoniak 822,00 Mark, in Kaliammonsalz 822,00 Mark. Daneben wird das Kalisal mit den für Kali in Chloralkalium für jeweilige Abladung geltenden Preisen in Rechnung gestellt im Natronsalpater mit 902,50 Mark, in Kalistickstoff 781,00 Mark. Die neuen Stickstoffpreise betragen bei dem heutigen Stande der Mark nur etwa ein Drittel des Weltmarktpreises.

für Bach beurteilt wurde. Die Studien aber, die Spitta über Schütz anstellte, liehen diesen Meister immer ins Größere wachsen, so daß Spitta nicht nur in bedeutenden Aufsätzen die Richtlinien für die Beschreibung des Lebens und der Kunst von Schütz abtrotete, sondern auch eine Gesamtausgabe seiner Werke zu veranstalten für nötig hielt (17 Bände). Seit dieser Zeit ist Heinrich Schütz für unser Kunstleben erschlossen. Wir hören seine Werke in Aufführungen der Kirche und des Konzerts. Wir erkennen seine Größe immer mehr, zumal die Forschung fleißig neues Orientierungsmaterial herbeischafft. Nr. 21 der „Zeitschrift für Musik“ (Steingraber-Verlag), die 1884 Robert Schumann gegründet hat, ist ein Heinrich Schütz-Buch. Am 6. November waren es 230 Jahre, daß dieser Meister gestorben ist. Dr. Alfred Schulz widmet dem „großen Manne und Künstler“ ein geistreiches Gedicht. Ein weiterer Artikel von Professor Arno Werner gibt ein kurzes „Bild seines Lebens und seiner Persönlichkeit“. Professor B. Fr. Richter aus Leipzig verbreitet sich besonders über die „Passionen“ von S. Schütz. Der Aufsatz ist von großer praktischer Bedeutung, da wichtige Fragen der Aufführungsgeschichte beantwortet werden. Dr. Hugo Leichtentritt beleuchtet die Bedeutung von Schütz für unser Musikleben. Max Schneider (Wreslau) spricht schwerwiegende Worte zur Wiedergabe Schütz'scher Musik. Welche Summe von Arbeit ein gewisserhafter Dirigent zu leisten hat, der ein Werk von Schütz zu klassischer Wirkung bringen will, davon macht sich nur der Wissende ein richtiges Bild. Dr. Rudolf Steglich (Hannover) stellt schließlich Betrachtungen an über das Verhältnis von Händel zu Schütz, die nur spekulativer Natur sind, da wir Grund haben anzunehmen zu müssen, daß weder Bach noch Händel eine Note von Schütz gekannt haben. Einige wenige Bilder helfen den Eindruck all dieser Aufsätze zu vertiefen.

Männerchor-Konzert. Die Vereinigung des Kocab'schen und Kaufmann'schen Männergesangsvereins konzertierte am Dienstag unter Leitung des Kantors und Organisten Konrad Westphal im Schicksalssaal. Das Programm war reichlich lang geraten und trug in seiner Buntigkeit vorwiegend unterhaltlichen Charakter. Ein Vorspruch Maximilian Reichtholts enthielt ernste Gedanken über das Lied und den Männergesang. Der Chor sang außer Liedern vollständigen Aufsätzen, unter denen wieder Janozkos „Volksgesang“ sich mit Nachdruck behauptete, einige musikalisch zwar nicht allzuwertige, aber umfangreiche und schwierige Kompositionen. Angeregt wurde „Königshelden“ ist ein schönes Bild deutscher Kunst, und auch Gunters Elegie „Völkergesang“ (mit Klavier) bleibt oft in Unklarheiten stehen. Die städtische Sängerschaft war unter der strengen Leitung Westphals ein leistungsfähiges Instrument. Tonliche, rhythmische und bellamatorische Kultur war überall zu erkennen. Die ersten Tenöre arbeiten reichlich mit der unmannlichen Sopranstimme; das erreicht der Antontation zum Vorteil, der nur durch Hansliche Fülle zu erreichenden Ausdruckskraft aber zum Nachteil. Solistisch betätigte sich zunächst Frau Selene Fährke mit einem freundlichen, aber für den großen Saal und für die Piqueurlieder von Brahms zu arten Sopran. Dagegen wartete Erik Schulz vom Stadttheater in der Graßbergschule und in drei Liedern, von denen eins das Ergebnis eigener Arbeit war, mit Tönen schmetternder Kraft auf, allerdings auch mit melodischen Freizeiten. Für den Kontrabass geeigneten Vortragsstoff zu finden, mag nicht leicht sein. Trotzdem mühte sich Richard Kahle sein Können und seine Zeit nicht an Stücke verstreuen, für die selbst weniger anspruchsvolle Gemüter nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben. Käthe Straußler entledigte sich als Begleitlerin ihrer diesmal nicht immer angenehmen Aufgabe in bewährter Weise.

Main table of stock prices with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Festverzinsliche Werte', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Aktiengesellschaften'.

Commercial and Private Bankers' Association. Report on the financial situation of the bank, including details on capital, reserves, and business operations.

Grain and Feedstuff Mills. Report on the financial situation of the mills, including details on production, sales, and financial performance.

English Exchange and Interest in October. Report on the exchange rate and interest rates in October, including details on the market situation and the value of the pound.

Schlesien.

Die Senatswahlen in Ost-Oberschlesien.

× Kattowitz, 14. November. Bei den Wahlen zum Senat der polnischen Republik sind nach amtlicher Feststellung in Kattowitz-Stadt 10 545 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon erhielt der deutsche Block nahezu 70 Prozent, nämlich 7036 Stimmen, während die Korpartei nur 2843 aufbrachte. Im Landkreis Kattowitz blieben die deutschen Stimmen mit 17 721 hinter der Stimmenzahl der Korpartei, 18 442, nur wenig zurück. In Königsbrunn brachte es der deutsche Block sogar auf 76 Proz. aller Stimmen, 12 000 von 18 000. Auch aus anderen Orten werden für die Deutschen erfreuliche Wahlergebnisse gemeldet. Ein Gesamtüberblick über die Wahlverhältnisse in der Wojewodschaft Schlesien wie in dem übrigen Polen läßt sich jedoch noch nicht gewinnen. Die Beteiligung war im allgemeinen nicht sehr stark, durchschnittlich etwa 60 bis 70 Proz. Von der rechtsstehenden Warschauer Polenpresse wird wieder einmal behauptet, bei den Wahlen seien Unregelmäßigkeiten zugunsten der Minderheiten vorgekommen, eine Unterstellung, die nur zu deutlich die Enttäuschung der Polen über den Ausfall der Wahlen erkennen läßt. Von „Unregelmäßigkeiten“ kann man mit viel größerem Recht bei den Wahlen reden. Denn die Korpartei Wahpropaganda vollzog sich wieder in ausschweifenden Formen. Man bemühte sich in Kattowitz nicht mit dem Beschränken ungezählter Häuser, sondern Korpartei „Schneemalertrupp“ befähigten auch friedliche Bürger. Sie forderten Vorübergehende auf, Korpartei hoch leben zu lassen, und wer dies nicht tat, wurde verprügelt. Um so anerkannterwert ist es, daß trotz dieses Terrors die Deutschen am Wahltag ihre Schuldigkeit getan haben.

Aufgaben der Mietervertretung.

* Vielfach werden die Aufgaben der auf Grund des Reichsmietengesetzes § 17 gebildeten Mietervertretung von Mieter- und Vermieterseite völlig verkannt. Die Mietervertretung dient zunächst der Förderung des guten Einvernehmens zwischen den beiden Parteien und soll bei Meinungsverschiedenheiten eine vermittelnde Stellung zwischen diesen einnehmen, um beiden Teilen in ihren Wünschen und Klagen gerecht zu werden. Das Gesetz überträgt ferner der Mietervertretung das Recht der Kontrolle über die sachgemäße Verwendung der Mittel für die laufenden Instandsetzungsarbeiten, eine Prüfung der Forderungen des Vermieters, soweit sie in der Betriebskostenumlage begründet werden, und räumt ihr weiterhin die Möglichkeit zu den Anträgen auf die Frage kommenden Behörden ein. Nicht zu den Aufgaben der Mietervertretung dagegen gehört z. B. eine Einmischung in die Verwaltung des Hauses, das Einziehen der Mieten, ein Einwirken auf die Mieter im Sinne von Mietervereinerung usw. Auch Drohungen gegenüber dem Vermieter als Verhandlungsmittel sind verfehlt.

Wenn es auch einer Anerkennung der gewählten Mietervertretung durch den Vermieter nicht bedarf, so steht andererseits auch dem Vermieter nicht das Recht einer Ablehnung der gewählten Mietervertretung zu. Ein Übergehen der Mietervertretung durch den Vermieter kann für diesen erhebliche Unbequemlichkeiten, unter Umständen auch Belästigung mit hohen Kosten im Gefolge haben, weil beim Ablehnen der Mietervertretung durch den Vermieter diese gezwungen ist, die ihr zustehenden Rechte unmittelbar bei den in Frage kommenden Stellen geltend zu machen und weil diese, z. B. das Mieteinigungsamt, in der Lage sind, für leichtfertig veranlaßte Inanspruchnahme erhebliche Gebühren dem Veranlasser aufzubürden.

Landwirtschaftliche Pachtfragen.

= Die infolge der Geldentwertung bei landwirtschaftlichen Pachtverhältnissen entstehenden Streitigkeiten über die Auszahlung der Pachtschuldsummen des Inventars haben sich teilweise infolgedessen verschärft, als manche Pächter bei Pachtabschluss die Verpächter nicht nur auf Auszahlung der in die Millionen gehenden Inventarschuldsumme verlagern, sondern gleichzeitig Ersatz für die Wertverluste an diesen hohen Summen fordern, wenn die Summen nicht sofort bezahlt werden. Ferner behaupten, daß die Pächter die Pachtgüter nicht zurückzugeben brauchen, wenn die Summen, welche meist den Wert des Grund und Bodens übersteigen, nicht sofort bezahlt würden, und versuchen, ihre Wünsche im Wege der Gerichtsverhandlung durchzusetzen. Wegen des Einflusses der Lage hat die Inventarabteilung des Reichslandwirtschaftlichen Verbandes Pächter und Grundeigentümer alle an der Inventarfrage interessierten Verpächter zu einer Versammlung am 19. d. M. nach Berlin eingeladen. Die Einladung befindet sich im Inseratenteil der vorliegenden Nummer.

Der doppelte Preis der Fahrkarten.

* Die Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Verschiedentlich wird von unseren Bediensteten beim Fahrkartenerwerb, besonders in den Bügen, darüber Klage geführt, daß den Reisenden das seit dem 1. d. M. angeordnete Verfahren, die Fahrkarten zum doppelten Betrage des auf der Karte aufgedruckten oder aufgeschriebenen Preises zu verabsorgen, nicht hinlänglich bekannt ist. Den Kartenverkäufern wird zuweilen sogar unredliche Absicht unterzogen. Zur Behebung von Mißverständnissen wird darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. d. M. im allgemeinen alle Fahrausweise zum doppelten Betrage des aufgedruckten oder aufgeschriebenen Fahrpreises verabsolgt werden. Es wird hierauf auf die besonders erklärten und an den Schaltern angebrachten Bekanntmachungen verwiesen. Die Maßnahme war zur Durchführung der am 1. November eingetretenen 100prozentigen Erhöhung der Personalfahrpreise erforderlich. Die Beamten des Fahrkartenerwerbs, insbesondere also auch das Personal, handeln pflichtgemäß, wenn sie gegenüber dem auf der Fahrkarte verzeichneten Preise den doppelten Betrag erheben. Es wird nur dieses Hinweis bedürftig, um die Beamten vor ungerechtfertigten Vorwürfen der Reisenden zu schützen.

Lutherischer Verein und bekennnistreue Gruppe.

* Am 13. und 14. November hielten in Breslau der Lutherische Verein und die bekennnistreue Gruppe der Provinzen Nieder- und Oberschlesien ihre Herbst-

versammlung ab. Graf v. Seidlitz-Sandreczki berichtete über die Arbeit der Verfallunaebenden Kirchenversammlung und behandelte eingehend die neue Verfassung, besonders den Bekenntnisvorpruch und die Vorgänge, die der Beschlußfassung vorausgegangen. Die Aussprache ergab einstimmige Zustimmung und brachte den Dank der Versammlung für die feste Haltung der Gruppe zum Ausdruck. Bei der Besprechung von Organisationsfragen wurde mitgeteilt, daß der Lutherische Verein im Mai l. J. in Schloß Obersdorf eine Pastorenzeitung unter Leitung von D. Laible-Weipzig veranstalten wird. In der Elisabethkirche sprach Geheimrat D. Dr. Haußleiter-Greifswald nach kurzem Begrüßungswort an P. Lic. A. Ust über die Herrlichkeit unseres Herrn Jesu Christi im Johannesevangelium, wie wir sie in seinen Wundern, seinen Worten und in seinen Leiden schauen dürfen. Sup. D. Dr. Matthes-Kolberg behandelte die Frage: Welche Forderungen stellt die ev.-luther. Gemeinde an die Wahlprüfung des Pastors?, vor allem die Bedeutung des Amtes für die Gemeinde betonend, während Kirchenrat Lic. Dr. Ziemer-Breslau über den Breslauer Schulkampf berichtete und zum Kampf für die evangelische Schule aufrief. Einmütig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Herbstversammlung des Lutherischen Vereins und der bekennnistreuen Gruppe der Provinzen Nieder- und Oberschlesien erkennt in der Lage des Breslauer Schulkampfes eine schwere Gefährdung der evangelischen Schule. Sie fordert mit der Entschiedenheit des an Gottes Wort gebundenen Gewissens die unbedingte Wahrung der in der Reichsverfassung verbürgten Rechte der evangelischen Schule gegenüber allen offenen und verborgenen Gegenversuchen, sowie baldige Regelung dieser unhaltbaren Verhältnisse durch Verabschiedung eines gerechten Reichsschulgesetzes. Sie tritt ein für bewußte Erhaltung der evangelischen Bekenntnisschule als der Schule mit der Bibel gegenüber allen Verfallsungsversuchen. Sie fordert alle evangelischen Erziehungsberechtigten auf, mit heiligem Ernst darüber zu machen, daß das Evangelium von Jesu Christo, dem Heiland und Erlöser, auch in dem Religionsunterricht der Schule klar dargeboten werde.“

Die Not der ober-schlesischen Flüchtlinge.

○ Bentzen, 15. November. Gestern fand im Konzerthaus eine Sitzung der Vertrauensleute der ober-schlesischen Flüchtlings- und Verdrängtengruppen statt. An der Sitzung nahmen auch der Reichs- und Staatskommissar für die ober-schlesische Flüchtlingsfürsorge sowie Vertreter des Kommissars für Aufwandschäden, des Noten Kreises und der Vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier teil. Die Vertrauensleute sämtlicher Gruppen berichteten von einer tiefgehenden Erregung, die sich der Flüchtlinge infolge der Teuerung und ihrer unzureichenden Versorgung bemächtigt habe. Es wurde eine Entschließung gefaßt und an das Reichs- und Staatsministerium des Innern weitergegeben, in der folgende Forderungen der Flüchtlinge erhoben wurden: 1. Sofortige Erhöhung der vom Noten Kreis gezahlten einmaligen Unterstützung von 400 auf 2000 Mark. 2. Sofortige Ausgabe von Winterkleidung, Wäsche und Schuhwerk zu mäßigen Preisen, bei Bedürftigkeit unentgeltlich. 3. Sofortige Erhöhung der vom Noten Kreis gezahlten Tagespflege für ein mindestens 100 Prozent mit der Maßgabe, daß unter Wegfall des Höchstbetrags für jedes Familienmitglied gezahlt wird. 4. Vereinfachung größerer Summen für außerordentliche Unterbringungen zur Verfügung der örtlichen Fürsorgeanstalten. 5. Bereitstellung eines Kredits zur Beschaffung von Lebensmitteln, besonders Kartoffeln und Kohlen.

[Die Bahnsteigkarte 4 Mark.] Dieser Tage ging eine Notiz durch eine Reihe von Zeitungen, die besagte, daß die Bahnsteigkarte 10 Mark koste. Diese Nachricht ist vollkommen falsch. Die Bahnsteigkarte kostet, wie wir in Nr. 496 der Zeitung mitgeteilt haben, vom 1. November ab 4 Mark.

[Patronenpreise.] Die Korhobteilung der Landwirtschaftskammer hat gemäß den vom Allgemeinen Deutschen Jagdschreiberverein, Landesverein Schlesien, herausgegebenen Schußpatronenrichtlinien vom 20. Juli 1922 für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1922 den Preis für Scharpatronen auf 110 M. und für Kugelpatronen auf 180 M. festgesetzt.

[Siedlungsarbeit.] = Die staatliche Domäne Karlsmarkt, die von der Schlesischen Landesgesellschaft in Breslau zu Siedlungsarbeiten angekauft worden war, ist nunmehr bis auf das Schloß und 15 Morgen Park aufgeteilt. Es sind mehrere Rentenstellen in Größe von 20 bis gegen 300 Morgen gebildet und ein anderer Teil der Äcker und Wiesen an Pächter aus dem Orte und der Nachbardörfer in kleineren Partellen abzugeben worden. Wohnungen für die Erwerber der Rentenstellen wurden in den vorhandenen Gutgebäuden eingerichtet, während Scheunen zumteil neu errichtet werden mußten. In den Brennereigebäuden hat eine Briefer Firma eine Holzgewerkschaft eingerichtet. Wegen des Verkaufs von Schloß und Park schweben noch Verhandlungen.

[Altertumsfunde in Czarnowanz.] = In Czarnowanz (Kr. Oppeln) haben in den letzten Tagen des Oktober von dem dortigen Lehrer Strede vorbereitete Ausgrabungen stattgefunden, bei denen vorläufig 11 vorgeschichtliche Gräber festgestellt und 5 davon geborgen wurden. Die Kontervierungsarbeiten hat das vorgeschichtliche Museum zu Bentzen O.S. übernommen. Die gemachten Funde gehören der Hallstattzeit (etwa 900 bis 700 v. Chr.) an, in der in Mitteleuropa das Urnenarab die einzige Bestattungsform war. Gewöhnlich liegen die Knochenbrandreste in einer größeren Schuppe, um welche sich kleinere Gefäße gruppieren, die vielleicht Speise und Trank enthielten. Einzelne Gräber erwiesen sich nach Größe und Inhalt als Kindergräber. Eines der großen Gräber enthielt zahlreiche bronzene Frauenschmuckstücke.

○ Bentzen, 15. November. In Kattowitz ist der Leiter der dortigen Geschäftsstelle des „Ober-schlesischen Wanderers“ Redakteur Ernst Wodecki durch polnische Polizeibehörden verhaftet worden. Die Verhaftung soll mit der Veröffentlichung eines Artikels „Eine neue Wollfabrik“ in Zusammenhang stehen, in dem die Mißstände im Königsbrunner Gymnasium geäußert wurden. Der Verband der ober-schlesischen Presse, dem der Verhaftete als Mitglied angehört, hat sich beschwerdeführend an den Präsidenten der Gemäßigten Kommission in London, den Präsidenten des Gemäßigten Schiedsgerichtes Professor Kaedenbeck und an die Regierung in Oppeln gewandt.

Der Reichsbankpräsident zur Diskonterhöhung.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank vom 13. d. M. begründete der Vizepräsident Dr. von Gläsenapp, der in Vertretung des dienlich abwesenden Präsidenten den Vorsitz führte, den Beschluß des Reichsbankdirektoriums, den Diskontsatz von 8 auf 10 Prozent und den Lombardzinsfuß von 9 auf 11 Prozent zu erhöhen, wie folgt:

Bereits in der letzten Zentralausschusssitzung am 28. Oktober d. J. war festgestellt worden, daß nicht nur die sich übliche Umwälzung der Bank für Ende September, sondern auch die ungenügende Entwicklung in den ersten drei Oktoberwochen alle Erwartungen überstiegen hätte. Vom 24. Oktober bis zum 7. November, d. h. in den letzten 14 Tagen, ist nun aber die Kapitalanlage der Reichsbank um 153,8 Milliarden Mark auf 641,9 Milliarden Mark weiter gestiegen; sie hat sich also in der kurzen Zeit um nicht weniger als ein Drittel des gesamten Anlagebestandes gehoben. Von dieser Erhöhung entfielen auf Wechsel, vornehmlich auf Inlandswechsel, 94,4 Milliarden Mark, auf das Schatzanweisungskonto 105,7 Milliarden Mark und auf das Lombardkonto 3,8 Milliarden Mark. Gleichzeitig trat bei den Darlehnskassen in der Zeit vom 24. Oktober bis 7. November eine Vermehrung der ausgeliehenen Darlehen um 9,8 Milliarden Mark auf 63,2 Milliarden Mark ein. Der Notenumlauf wuchs während der beiden letzten Wochen um 107,1 Milliarden Mark auf 517 Milliarden Mark, während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen mit rund 14 Milliarden Mark nahezu unverändert blieb. Die Anspannung hat sich also neuerdings aus den bekannten Gründen in geradezu erschreckender Weise verläßt.

Betrachtet man die Entwicklung seit der am 21. September dieses Jahres erfolgten letzten Erhöhung des Diskonts (von 7 auf 8 Prozent), so zeigt sich für das Wechselportfeuille vom 24. September bis zum 7. November eine Erhöhung von 43,1 Milliarden Mark auf 126,9 Milliarden Mark, d. h. fast eine Verdreifachung. Auf dem Schatzanweisungskonto wuchsen die Bestände in derselben Zeit von 288,7 Milliarden Mark auf 511,5 Milliarden Mark. An Wechseln und Schatzanweisungen zusammen ergab sich mithin in den letzten 6 Wochen ein Anwachsen um 305,6 Milliarden Mark auf 637,4 Milliarden Mark. Rechnet man die Zunahme der Umläufe im Lombardverkehr und bei den Darlehnskassen ein, so gelangt man zu einer Vermehrungsziffer von 831,6 Milliarden Mark. Die umlaufenden Banknoten und Darlehnskassenscheine sind während der letzten 6 Wochen um 226,5 auf 531 Milliarden Mark gestiegen. Die Reichsbankleitung ist sich bewußt, daß unter den heutigen Verhältnissen einer Diskonterhöhung in dem vorbezeichneten Ausmaß allein nur ein verhältnismäßig geringer Einfluß auf den Kreditverkehr des Landes beschieden sein kann; der Kreditbedarf des Reiches läßt sich durch solche Maßnahme nicht verringern — wenn auch eine gewisse Förderung des Abflusses von Schatzanweisungen im Wege der Diskonterhöhung seitens der Reichsbank erwartet werden darf — und für die privaten Ansprüche kommt der Verteuerung der Kredite um einige Prozent bei den gegenwärtigen Verlust- und Gewinnmöglichkeiten im gewerblichen Leben unter dem Einfluß schwankenden Geldwertes keine entscheidende Bedeutung zu.

Trotzdem erscheint es dem Reichsbankdirektorium notwendig, der am Geldmarkt bestehenden starken Anspannung auch in der Bemessung des Diskontsatzes weiter zu folgen und durch die Erhöhung der Rate für die deutsche Wirtschaft erneut ein Warnungssignal aufzurichten, das allen Kreisen der Bevölkerung die tatsächlich eingetretene Kapitalnot und die fortschreitende volkswirtschaftliche Verarmung immer wieder und immer deutlicher zum Bewußtsein bringen soll. Wenn schärfste Kreditrestriktionen und damit Betriebs einschränkungen mit daraus folgender Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden soll, so werden sich die Unternehmungen und die Einzelpersonen der größten Sparsamkeit in der Verwendung der vorhandenen Mittel befleißigen müssen. Es ist unbedingt zu verhindern, daß die in Anspruch genommenen Kredite seitens der Kreditnehmer zu volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Zwecken verwendet werden. Als solche ungerechtfertigten Zwecke sind hervorzuheben: die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Waren, Devisen in einem den allernotwendigsten Bedarf überschreitenden Umfang. Die Reichsbank wird hierauf, wie bisher, die größte Sorgfalt richten und es ist dringend zu wünschen, daß die privaten Geldgeber ein Gleiches tun.

Neueste Handelsnachrichten.

* Berlin, 15. November. (Eigener Fernsprechnachricht.) — Dividendenvorschläge. Seebeck A.G. Schiffsverft 50 Proz. (30 Proz.); Bamberger Mälzerei vorm. A. J. Dessauer 15 Proz. (0 Proz.).

— Der Bedarf an Niederländer Eisenerg kann nicht annähernd befriedigt werden, da die Förderung keine Erhöhung aufweist und der Versand durch Warenmangel stark beeinträchtigt wird.

— Das Geschäft der Lichtenberger Wollfabrik ist nach Mitteilung der Verwaltung außerordentlich lebhaft. Die letzten Monate machten die Umsätze ein mehrfaches des Aktienkapitals aus.

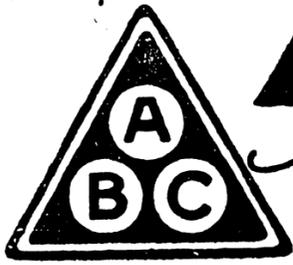
— Die Verwaltung der Norddeutschen Schrauben- und Metallwerke A.G. beantragt die Erhöhung des Grundkapitals auf 17 Millionen Mark durch Ausgabe von 9 Millionen Mark junger Aktien, wovon 8 Millionen Mark den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 150 Proz. angeboten werden.

Lokales.

Denkmalweihe der Erlöbergemeinde.

* Am Sonntag weihte die Erlöbergemeinde ihr Selbendental in der Kirche. Es ist in Verbindung mit dem am 2. Juli dieses Jahres geweihten Selbendental in der Erlöbergemeinde und der in der Turmhalle bestellten Glockentafel den im Weltkrieg gefallenen Gemeindegliedern gewidmet. Eine dichtgedrängte Festgemeinde füllte das Gotteshaus, dessen Altarraum und Altar reich mit Blumen- und Pflanzenschmuck versehen war. Der Vorsitzende des Denkmalausschusses, Pastor Gaad, hielt die Einsegnungsrede und Festpredigt. Die Schlussliturgie hielt Kircheninspektor Pastor prim. Spaeth. Das Denkmal ist ein Sandsteinrelief, am östlichen Pfeiler des Altarraumes in der Kirche. Es zeigt einen stehenden Engel, den Engel des Lebens, der mit einem Griffel in ein aufgeschlagenes Buch die Namen der Selbenden trägt. Darunter befindet sich ein Band mit den Worten: „In den Wäutern des Buches, in der Glocken Stimme lebt unsterblich Gedächtnis fort.“ Das weist auf den darunter befindlichen Raum, in dem, verschlossen durch ein kunstvolles Bronzegerät, das Selbendental mit den Namen und sonstigen Angaben über die Region der Gefallenen ruht. Am Abend fand eine stimmungsvolle Nachfeier in Form einer geistlichen Abendmuffe statt, die wieder ein volles Gotteshaus schaffte. Konzertfängerin Else Ruppelt und Musikdirektor Thomale sangen, wie immer, tonisch und meisterhaft mehrere Lieder. Frau Kircheninspektor Spaeth spielte zwei Violinlied unter Begleitung von Musikdirektor Thomale. Die Lieder begleitete Organist Erbe, der außerdem zwei Orgellied spielte. Das Selbendental ist von Prof. Schipke von der staatlichen Kunstakademie entworfen worden.

170 PUCHONNY



BATSCHARI bringt handgemachte **CIGARETTEN** in höchster Vollendung.

